
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

NACHTRAGSHAUSHALT

26.06.2014

„Der Nachtragshaushalt enthält keinerlei politische Akzente der schwarzgrünen Koalition. Außer der Grunderwerbsteuererhöhung hat die Landesregierung offenbar keine Ideen, wie man das Land zukunftsfest macht. Zusätzlich lebt Schwarz-grün von den schwarz-gelben Rücklagen vergangener Jahre mit denen sie fast bis zur Verfassungsgrenze die Schuldenaufnahme ausreizen, wie der Finanzminister in der Sitzung des Haushaltsausschuss zugeben musste“, so Jörg-Uwe HAHN, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Weiter erklärt Hahn:

„Damit ist der Nachtragshaushalt der Nachweis für falsche Prioritätensetzung und mangelnden Sparwillen der schwarz-grünen Koalition. Nach 15 Jahren in der Opposition ist es bemerkenswert, dass die Grünen keinerlei politische Schwerpunktsetzung im ersten Haushalt der Koalition vornehmen außer den Stellenanhebungen von neuen Mitarbeitern in den Ministerbüros.

Die FDP hat in der Landesregierung in der letzten Legislaturperiode strukturelle Veränderungen zum Beispiel bei den Gerichtsstandorten, der Straßenbauverwaltung oder dem Landesschulamt vorgenommen, die die Leistung der Justiz nicht beeinträchtigte, aber langfristige Einsparungen für das Land brachten. Diesen Weg muss die neue Landesregierung weitergehen, wenn sie das strukturelle Defizit beseitigen und die Schuldenbremse einhalten will.

Das Jahr 2013 hat gezeigt, dass Schwarz-Gelb solide und sparsam gewirtschaftet hat. Haushaltsverbesserungen von 973 Mio. € konnten nur durch gute Wirtschaftspolitik und Sparsamkeit erreicht werden.

Der vorgelegte Nachtragshaushalt bestätigt unsere Befürchtung, dass die neue

Landesregierung vom Pfad der nachhaltigen Haushaltswirtschaft abkehrt. Statt die Einnahmeverbesserungen des letzten Jahres konsequent in die Rückführung der Neuverschuldung zu stecken, hatte der Finanzminister Ende 2013 die Rücklagen massiv erhöht. Die gute Abschlussbilanz 2013 wird so bewusst verschleiert, um heute besser da zu stehen.

Die FDP setzt sich für eine Fortsetzung des erfolgreichen hessischen Weges der letzten Jahre ein. Das heißt strukturelle Einsparungen einerseits und Prioritätensetzung bei Infrastruktur und Bildung andererseits. Wir wollen die von CDU und FDP versprochenen Landesstraßenbaumaßnahmen auch in diesem Jahr durchführen. Die geplante weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer steht in unmittelbarem Widerspruch zu Maßnahmen, die mehr Wohnungsbau fördern sollen. Außerdem agiert die Landesregierung wenig verlässlich, wenn sie die Erhöhung plötzlich schon zum 1. August vornehmen will und damit früher als bislang angekündigt. Das ist für Häuslebauer, die entsprechend geplant haben, ein weiterer Schlag ins Gesicht.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de